

## Ohne hörbare Proteste

Bolsonaro: „Macht ohne Verantwortung“, FR-Fuilleton v. 16.7.

Deutschland trägt global gesehen zum direkten CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu etwa zwei Prozent bei. Aber bei Einbeziehung der deutschen Auslandsproduktion wird unsere Mitverantwortung für den weltweiten Anstieg deutlich. Freihandelsabkommen zur Produktivitätssteigerung sind oft fatal für die Umwelt, wie zuletzt das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen, mit dem wir billigeres Rindfleisch aus Brasilien beziehen wollen. Dafür treibt Bolsonaro die Regenwaldvernichtung stark beschleunigt voran ohne hörbare Proteste aus EU und Deutschland, wodurch Klimabemühungen zur Farce werden. Regenwald ist wesentlich für das Weltklima. Aus der „grünen Lunge“ wird durch Vernichtung ein starker CO<sub>2</sub>-Emittent.

Der Vermögensgigant Blackrock beteiligte sich an der Vernichtung indonesischen Regenwalds. Friedrich Merz, seinerzeit Aufsichtsratsvorsitzender, will sich jetzt als klimafreundlich darstellen, etwa bei Lanz in der Diskussion mit Luisa Neubauer. Sibirien hatte im Juni nie dagewesene plus 38 Grad Celsius, ähnlich war es in Alaska. Rasch auftauender Permafrost, ein Viertel der Landmasse, beschleunigt Klimawandel und Meeresspiegelhöhe dramatisch. Die Welt steht kurz vor einem klimatischen Super-GAU. Vor diesem Hintergrund ist eine Bepreisung von fossilem CO<sub>2</sub> aus Gas, Öl, Kohle meines Erachtens unethisch, nur ein Verbot kann die Folge sein. Bolsonaro und andere, die sich am Regenwald vergreifen, müssen umgehend gestoppt und sanktioniert werden. Rainer Wild, Wunsiedel

## Krätzemilben für Kinder

Zu: „Streit über Strom im Flüchtlingsheim“, FR-Regional vom 13. Juli

Zwei Herdplatten müssen für eine kinderreiche Familie in der Bonameser Flüchtlingsunterkunft reichen, so Diakonie-Leiter Michael Frase. Fünf Jahre lang geschah nichts, außer dass die Dächer undicht wurden, die Krätzemilben sich auf Kinderhäuten verbreiteten, die Sicherungen schmorten. Als auch ein rabiater Sicherheitsdienst mit sexistischen Drohungen nichts ausrichten konnte, wurde einfach der Strom abgestellt.

Nach wochenlangen Protesten erreicht die endlich vermittelnde Linke-Politikerin Ayyıldız in einer dramatischen Nachtaktion, dass insgesamt drei Herdplatten für 330 Menschen wieder bestromt werden und die christdemokratische Sozialdezernentin betont, „dass sie prüfe, wie man die Stromversorgung verbessern kann.“ Anschaulicher lässt sich christdemokratische Flüchtlings-Integrations-Politik kaum demonstrieren. Claus Metz, Bad Vilbel



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200720](http://frblog.de/lf-20200720)  
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:  
**Streit übers Lieferkettengesetz**  
**Rechtsextreme in der Polizei**  
**Ende der Maskenpflicht?**  
**Mindestlohn und Armut**  
**Brauchen wir die Wehrpflicht?**  
Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

### FR ERLEBEN

**Manuel Almeida Vergara** diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf [fashionunited.de](http://fashionunited.de)  
[modcast.podigee.io](http://modcast.podigee.io)

**Andreas Schwarzkopf** spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“  
Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.  
**Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr**  
[boell-hessen.de/YouTube](http://boell-hessen.de/YouTube)

## Wenn es um Menschenrechte geht

Zu: „Lieferkettengesetz rückt näher“ und „Profitable Ignoranz“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 15. Juli

### Wer wird sich freiwillig Kosten aufbürden?

Menschenrechte spielen bei deutschen Großunternehmen keine Rolle. Umsatz und Profit haben Vorrang. Nach vielen Skandalen rund um Produktionsmethoden (Kleiderproduktion in Bangladesch) und Rohstoffgewinnung (Kinderarbeit im Kongo) wurde von einer breiten Öffentlichkeit ein Lieferkettengesetz gefordert. Es soll die Einhaltung der Menschenrechte und der ökologischen Standards in den Billiglohnländern verbessern. Die Konzerne sollen in die Verantwortung genommen werden, wenn Menschenrechts- und Öko-Standards von ihren Lieferanten nicht eingehalten werden.

Nach jahrelangem Negieren der Probleme haben sich CDU/CSU in den Koalitionsverhandlungen 2018 widerstrebend dazu bereit erklärt, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Voraussetzung ist, dass weniger als 50 Prozent der betroffenen Großunternehmen bereit sind, auf freiwilliger Basis Verantwortung zu übernehmen. Eine erste Umfrage ergab 2019, dass nur rund 20 Prozent der Unternehmen darauf achten, dass entsprechende Standards bei ihren Lieferanten eingehalten werden. Wie zu erwarten war und vielfach bewiesen wurde (z.B. Fleischindustrie), sind Unternehmen nicht bereit, freiwillig Verantwortung und Kosten zu übernehmen. Unabhängig davon war die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung, die auf eine 50-prozentige Zustimmung setzte, ohnehin lächerlich. Wer glaubt, dass sich in unserem auf Wettbewerb basierenden System die eine Hälfte der Unternehmen freiwillig mehr Verantwortung und höhere Kosten aufbürdet?

Nach dem für die Unternehmen blamablen Umfrageergebnis bringen sich nun die Verbandsfunktionäre in Stellung und wollen, mit Unterstützung von Peter Altmaier Einfluss nehmen. Ingo Kramer (BDA), Dieter Kempf (BDI), Eric Schweitzer (DIHK) und Peter Wollseifer (ZDH), um

einmal die „Herren“ Verweigerer beim Namen zu nennen, nutzen ihren guten Draht zur CDU, um vor dem Gesetz zu warnen. Da kommt die Corona-Krise genau recht. In diesen wirtschaftlich schweren Zeiten darf man nicht auch noch auf die Menschenrechte und die Umwelt Rücksicht nehmen. Was zählt, sind Wachstum und natürlich Arbeitsplätze. In diesem Sinne hat unsere Regierung schon angekündigt, sich während der EU-Ratspräsidentschaft für das Mercosur-Handelsabkommen mit Brasiliens rechtsradikalem Präsident Bolsonaro einzusetzen. Altmaier sind Menschenrechte und Ökologie egal. Er wird's schon im Interesse der Konzerne richten. Dieter Murmann, Dietzenbach

### Für Handelsverträge kriecht die EU zu Kreuze

Eine Aufklärung des Kunden, welche Politik sie mit einigen Käufen unterstützen, sowie Veröffentlichungen darüber, welche unmenschliche Politik die Konzerne fördern, ist sicherlich überfällig und nötig. Aber eine solche Marktpolitik ist schon bis in die Zeit des Kolonialismus bekannt und man muss aufpassen, dass man sich nicht wieder einen Mantel der ewigen Selbstbeschuldigung überstülpt. Wenn man eine solche Politik verfolgen möchte, dann bitte richtig.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir milliardenschwere Handelsverträge mit der Volksrepublik China eingegangen sind, die Türkei wird mit Samthandschuhen angefasst, obwohl die EU auch eine Wertegemeinschaft ist. Wir bewegen uns mit Russland und mit Donald Trump, der Vergehen gegen das Völkerrecht mehr als fördert, auf dem diplomatischen Parkett. Anstatt die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzufordern, kriecht die EU, Deutschland und die deutsche Industrie regelrecht zu Kreuze, um Wirtschaftsverträge aufrecht zu erhalten und damit die Menschenrechte und das Völkerrecht in die Subsidiarität zu verbannen.

Die Ausbeutung der armen Bevölkerung in der Dritten Welt sowie die Unterstützung durch die westlichen Konzerne machen es erst möglich, bei uns preiswert einzukaufen. Eine solche Politik erlaubt es auch, die pervertierte Wegwerfgesellschaft bei uns leichter zu machen.

Georg Dovermann, Bonn

### Existenzsichernde Löhne sind ein Muss

Ich kann nur zustimmen: Freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen, Menschenrechte in ihren Lieferketten zu achten, „Sorgfaltspflicht“ zu üben, haben nicht zum Erfolg geführt. Ein Lieferkettengesetz ist notwendig!

Beispiel: Im Oktober 2018 konnte ich in einer äthiopischen Textilfabrik während einer ganzen Schicht die Arbeit einer Näherin verfolgen. Dort wurden T-Shirts für ein deutsches Unternehmen produziert, die dann im Doppelpack für 5,99 verkauft wurden. Diese Arbeiterin nähte nur die beiden Ärmelsäume und brauchte dabei für ein T-Shirt rund 50 Sekunden. Genähte T-Shirts pro Stunde: 72. Pro Schicht: 576. Pro Monat: 14400. Bei einem Monatslohn von 55 Euro (viel für Äthiopien!) ergibt dies einen Lohnanteil von 0,38 Cent pro T-Shirt! Solche Hungerlöhne kommen durch Einkaufspraktiken von Unternehmen zustande, die den Fabriken möglichst billige Preise diktieren.

Diese Fabrik gehörte einem Eigentümer aus Bangladesch, der nach Äthiopien umgezogen ist, weil dort noch „günstiger“ produziert werden kann. Die Evangelische Kirche von Westfalen, in der ich arbeite, hat zu diesen Fragen seit langer Zeit eine klare Position. So formulierte die Landessynode 2005: „Die Evangelische Kirche von Westfalen ist der Überzeugung, dass Wirtschaft dem Leben dienen muss“. Für die Lohnfrage bedeutet dies: Die Zahlung von existenzsichernden Löhnen ist ein Muss!

Dietrich Weinbrenner, Witten

**Diskussion:** [frblog.de/lieferkette](http://frblog.de/lieferkette)

## Hackordnung der Ausgegrenzten

Zu: „Wie Sprache der Ausgrenzung dient“, FR-Tagesthema vom 7. Juli

In der Diskussion über ausgrenzende Sprache darf die gesellschaftlich tolerierte ausgrenzende Praxis nicht vergessen werden. Die Münchner Mathematiklehrerin Sabine Czerny erreichte durch genialen Unterricht in ihrer 4. Klasse bei den Vergleichsarbeiten einen Durchschnitt von 1,8, musste sich aber von der Kollegenschaft anhören, auch bei ihr müsse es die Noten 4 und 5 geben. Weil sie sich nicht daran halten wollte, wurde sie wegen Störung des Schulfriedens strafversetzt.

Nun mag Bayern bei solcher schulischer Ausgrenzung Spitzenreiter sein, aber Deutschland gehört insgesamt beim Ausweisen in der Schule international zur

Spitze. Die Ausgrenzungsfunktion erscheint wichtiger als der Bildungsauftrag. Was wird aus den ausgegrenzten Verlierern? Im Südafrika der Apartheid kamen die heftigsten Rassisten aus der untersten Schicht der Weißen, in den USA ist das nicht viel anders, und in Deutschland strömen die vom sozialen Absturz Geängstigten zur AfD. Dass hier die demütigenden Ausgrenzungsmaßnahmen der neoliberalen Schröder-Agenda wirken, erscheint mir zu wenig beachtet. Gedemütigte, die sich zu schwach fühlen, sich nach oben zu wehren, versuchen, auf noch Schwächere nach unten zu trampeln.

Der Kampf gegen Ausgrenzung muss in unseren Schulen

damit beginnen, dass Lerngruppen gebildet werden, in denen die schneller Lernenden zu Hilfslehrkräften für die Langsameren werden. In den 1960er Jahren kamen illegal ausgeschulte Kinder im Pfarrhaus des italienischen Dorfs Barbiana zusammen, um miteinander zu lernen und schließlich als Externe Schulabschlüsse zu machen. Es galt die Regel: Wer etwas mehr weiß als die anderen, lehrt dies. Eine solidarische Schule, die nicht konkurrenzhaft Verlierer produziert, ist möglich. Sie kann zu einer solidarischen Gesellschaft führen, in der fair geteilt wird, damit weniger Ausgegrenzte ihr Heil im Rassismus suchen. Friedrich Gehring, Backnang